

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 2

Buchbesprechung: Blick in die Zeitschriften

Autor: Fabian, Walter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Einzelhandel

Für den Einzelhandel ist, im Hinblick auf seine gegenwärtige Struktur, die Methode der Nationalisierung nicht anwendbar. Beim Verkauf medizinischer Artikel muß sich jedoch der Staat direkt einschalten, und die Frage der Nationalisierung der Apotheken muß unverzüglich geprüft werden.

Öffentliche Konsumgenossenschaften sollten in vermehrtem Maße errichtet werden. Für die Verbesserung und Rationalisierung der Warenverteilung sind staatliche Maßnahmen notwendig.

Bankwesen

Die Kommission erklärt nachdrücklich, daß Banken und Kreditinstitute eine Schlüsselstellung im Wirtschaftsleben einnehmen. Es sollten Schritte unternommen werden, um die öffentliche Kontrolle über das Bankwesen auszudehnen, um Gewähr zu schaffen, daß die Banken die vom Staat erlassenen wirtschaftlichen Direktiven auch wirklich befolgen. Sparbanken haben ihre eigene Aufgabe und sollten auf der gegenwärtigen Grundlage weiter ausgebaut werden.

Um die Befriedigung von Import- und Kreditbedürfnissen sicherzustellen, empfiehlt die Kommission die Gründung einer staatlichen Handelsbank, die auf der gleichen Grundlage wie die Privatbanken arbeiten müßte.

Blick in die Zeitschriften

In verschiedenen deutschen Zeitschriften sind Artikel erschienen, die in warnender, teilweise alarmierender Tonart auf gefährliche Tendenzen in der deutschen Innen- und Außenpolitik hinweisen und den unlösbaren inneren Zusammenhang der Probleme Wiedervereinigung — Abrüstung — realistische deutsche Ostpolitik unterstreichen.

So wendet sich *Eugen Kogon* im Leitartikel seiner «*Frankfurter Heute*» (1) «gegen den Immobilismus in der Politik»: «Jetzt steigert die Anwendung der Formel ‚Keine Experimente‘ den politischen Immobilismus auf beiden Seiten, und er birgt die Gefahr in sich, daß sowohl die militärischen als auch die ideologischen Kräfte sich anstauen, bis sie ausbrechen.» Demgegenüber sei es dringend notwendig, sich aus dem «Teufelszirkel» zu befreien, «der ungebrochen auf den universellen Gewalttod hinausläuft». Um die gegenwärtige Weltpolitik «aus ihrer lebensgefährlichen, dogmatischen Sterilität» zu erlösen, müsse man neue Ideen entwickeln und zur Diskussion stellen; eine dieser Ideen ist nach Kogon die Notwendigkeit, «zu einem anderen Verhältnis dem Osten gegenüber» zu gelangen, «damit sich den Westslawen und den Ostdeutschen Aussichten auf Selbstbestimmung eröffnen — nichts werden die einen ohne die Lösung des Problems der andern erreichen, und beide nichts ohne eine umfassendere Verständigung.» Mit Recht verwahrt sich Kogon gegen Verdächtigungen, die gerade in Deutschland sich immer wieder sofort gegen Politiker erheben, die kühne Gedanken entwickeln: «Ist jemand unzuverlässig, weil er, um einen dauernden Gefahrenherd beseitigen zu helfen, Gedanken vorbringt, die unbequem erscheinen, sicherlich kühn, zweifellos nicht risikofrei, aber geeignet, uns aus der Unfruchtbarkeit des herrschenden politischen Maginotlinien-Denkens zu befreien?»

Ähnliche Gedanken entwickelt Prof. Dr. *Johann Albrecht von Rantzaу*, Ordinarius für Geschichte an der Technischen Universität Berlin, in einem Aufsatz «Volksbewegung für Wiedervereinigung und westdeutsche Tabus», aus dem wir hier nur einen Satz zitieren können: «Auf die Dauer gesehen, wird verhandelt werden müssen. Sonst wird entweder der Wiedervereinigungswille versanden oder sich auf den Weg gewaltsamer Abenteuer begeben.» Dieser Aufsatz ist im Januarheft der «*Deutschen Rundschau*»

nachzulesen, in dem sich auch *Rudolf Pechel* zum gleichen Thema äußert: «Die Wiedervereinigung bleibt das Kardinalproblem für Deutschland und für den Frieden der Welt... Mit allen Mitteln müssen wir versuchen, die Diskussion, die in eine Sackgasse geraten ist, neu zu eröffnen... Es ist notwendig, daß die unabhängigen Geister in und außerhalb der Parteien zusammenkommen und in heiliger Nüchternheit die Lage prüfen mit ihren Gefahren und ihren *Möglichkeiten*, die immer da sind, wenn nicht Unwiderstehliches geschieht. Sie müssen sich dann an die Weltöffentlichkeit wenden und werden erfahren, wie lebhaft die Zustimmung aus *allen* freien Völkern von den Menschen kommen wird, die unter den gleichen Sorgen leiden.»

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. *Ernst Wilhelm Meyer* veröffentlicht in «*Die neue Gesellschaft*» (Nov.-Dez. 1957) einen längeren Aufsatz für eine neue deutsche Ostpolitik, dessen Gedankenreichtum und innere Logik größte Beachtung verdienen. Der Verfasser stellt zunächst eine ganze Reihe von «Grundtatbeständen» heraus, von denen die wichtigsten genannt seien:

«Niemand, der eine neue deutsche Ostpolitik fordert, denkt im entferntesten daran, deutsche Freundschaft mit Amerika und dem Westen aufzugeben; jede deutsche Ostpolitik bedarf der Förderung auch durch den Westen. — Eine andere Grundtatsache ist unsere Ablehnung des Kommunismus. Wir wollen für Deutschland kein totalitäres Regime. Anderseits wollen wir uns in die innerpolitischen Verhältnisse keines einzigen anderen Landes einmischen. — Hauptziel der deutschen Politik ist die deutsche Wiedervereinigung. Die deutsche Wiedervereinigung ist der größte Beitrag, der für den Frieden der Welt geleistet zu werden vermag. — Die slawische Welt ist für Deutschland genau so wesentlich wie die romanische und die angelsächsische und asiatische. Rußland ist ein Teil von Europa. — Endlich können wir als eine Grundtatsache bezeichnen, daß das deutsche Volk, und zwar gleichgültig, ob es sich östlich oder westlich der Elbe befindet, außer dem Frieden auch die Sicherheit erstrebt. Es präsentiert sich mithin als wesentliche Frage: Welche Politik verspricht die größere Sicherheit?»

Danach kommt Prof. Meyer zu den *Folgerungen* aus der von ihm geschilderten Situation. Er empfiehlt unter anderem:

«Da Rußland die stärkste Großmacht des europäischen Ostens ist, muß eine deutsche Ostpolitik vornehmlich auf Rußland abstellen... Eine Politik der Aufnahme von Beziehungen zu den west- und südslawischen Staaten würde sich völlig verbieten, wenn sie einen antisowjetischen Akzent enthalten sollte. Nichts wäre tolpatschiger und törichter, als etwa von Polen und der Tschechoslowakei her sozusagen eine Aufrollung oder Schwächung des Kommunismus betreiben zu wollen... Es dürfte sich auch empfehlen, von der Satellitenformel überhaupt Abstand zu nehmen. Sie verletzt die Adressaten, und Deutschland kann nicht an deren Verletzung interessiert sein.

In einem letzten Kapitel stellt der Verfasser eine Reihe konkreter Forderungen, so zunächst «einen Raum frei von Atomwaffen in Deutschland»: «Wir würden der Vorsehung danken, wenn die Atomwaffen lediglich bei Amerika, Großbritannien und Rußland verblieben. Wir wollen sie nicht in Zentraleuropa. Wir wollen sie auch nicht in Asien oder in Afrika. Ein Atomwettrüsten wäre wohl das verderblichste Wettrüsten, das je stattgefunden hat. Es kann nur in einer Katastrophe enden.» Prof. Meyer begrüßt daher die entsprechenden Vorschläge der polnischen und tschechoslowakischen Regierung.

Den unlösbaren Zusammenhang zwischen Abrüstung und Wiedervereinigung unterstreicht auch die von Dr. Gustav Heinemann geleitete «*Gesamtdeutsche Rundschau*» (2) in einem Leitartikel, dessen Schlußabsatz lautet: «Nur durch Abrüstung kann ein Klima geschaffen werden, das aussichtsreiche Verhandlungen zur Lösung der zahllosen politischen Probleme ermöglicht. Die deutsche Wiedervereinigung ist nach allem, was zehn Jahre lang bewußt oder unbewußt gegen die Einheit getan worden ist, langwierig

und von mancherlei Voraussetzungen abhängig. Im Grundsätzlichen aber gilt die Erkenntnis: nur durch und über die Abrüstung führt der Weg zur deutschen Einheit.»

Ein wichtiger Schritt auf diesem Wege könnte die Verwirklichung der *atomwaffenfreien Zone* in Mitteleuropa sein, unterstreicht mit eindeutiger Schärfe die Hamburger Wochenschrift *«Neue Politik»* (1): «Die Entspannung, die auf diesen Schritt folgen würde, wäre so groß, daß bald darauf auch der Abzug der sowjetischen und amerikanischen Streitkräfte aus dem vitalen Raum ins Auge gefaßt werden könnte, und schließlich würde die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands dann fast automatisch — wir glauben, dieser Ausdruck ist keine Übertreibung — folgen. Das Gefühl von den ungeheuren Konsequenzen, die dieser Schritt nach sich ziehen würde, ist wohl der Hauptgrund für den Widerstand, der hier und da sich gegen ihn bemerkbar macht. Es gibt aber keinen anderen Ausweg, die Alternative ist — letzten Endes — der Krieg.»

«Dieser Widerstand, der gegen die klare Vernunft geleistet wird», fährt *«Neue Politik»* fort, «muß nun aber alle diejenigen auf den Plan rufen, die das Sinnvolle einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa erkennen. Sie müssen in den entscheidenden nächsten Monaten, in denen das Schicksal der Welt in der Schwebe ist zwischen einem neuen Sprung in den sinnlosen Rüstungswettlauf zum Kriege mit der Errichtung von Raketenbasen in der Bundesrepublik und dem allmählichen, Schritt für Schritt vor sich gehenden Abbau der Spannungen, wie er durch den Rapacki-Plan eingeleitet würde, von der psychologischen Defensive zur Offensive übergehen.»

Zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommt Prof. Dr. Renate Riemeck in einer ausgedehnten Untersuchung über *«Die Wandlungen im Ostblock und unser Rußlandbild»*, die sich über zwei Nummern der Darmstädter Halbmonatsschrift *«Stimme der Gemeinde»* (Heft 24/1957 und Heft 1/1958) erstreckt und in folgender Zusammenfassung gipfelt:

«1. Während bis zum Tode Stalins die KPdSU nach einer Uniformität aller kommunistisch regierten Staaten strebte, hat sie sich auf dem 20. Parteikongreß ausdrücklich zu nationalen Unterschieden im Aufbau des ‚Sozialismus‘ bekannt.

2. Das Kolchosensystem ist in Jugoslawien und Polen als ‚Irrtum‘ abgeschafft worden, während es in der Sowjetunion weiterbesteht und in China gebietsweise als Versuch eingeführt wurde.

3. Der von Chruschtschow eingeleitete Liberalisierungsprozeß hat den Kommunismus aus seiner Erstarrung geführt und eine lebhafte Diskussion ideologischer Fragen ausgelöst. Von diesem Vorgang sind jedoch diejenigen Länder wenig berührt, in denen die Stalinisten nach dem 20. Parteitag die Macht behaupten konnten.

4. Der sogenannte ‚Ostblock‘ ist kein Monolith mehr. Er ist aber auch kein Verband auseinanderstrebender Staaten, deren unterschiedliche Regierungsmethoden unüberwindliche Gegensätze bedingen. Die ideologischen Grundlagen sind überall die gleichen und binden die kommunistischen Länder enger aneinander als ihre gemeinsamen militärischen oder wirtschaftlichen Interessen.

5. Eine Lockerung des staatlichen Druckes und Zwanges wird überall angestrebt. Der freien Meinungsäußerung sind aber Grenzen gezogen, die ungestraft nicht überschritten werden dürfen. Der Marxismus-Leninismus besitzt uneingeschränkt das geistige Monopol.

6. Die inneren Reformen, die in Rußland, China, Jugoslawien und Polen angestrebt werden, sind auf lange Sicht geplant und können nur ohne äußere Störungen vor sich gehen. Die Erhaltung des Friedens, die ‚Koexistenz‘ mit den nichtkommunistischen Ländern des Westens muß deshalb im vitalen Interesse des Ostens liegen.

So dürfen wir abschließend fragen, warum der Westen nicht getrost auf die Koexistenz eingeht. Nehru fürchtet sie nicht. Müssen wir sie denn fürchten?»

Walter Fabian